

Volkswirtschaft.

Ostgaliziens Genossenschaftswesen während des Krieges.

Die letzten drei Jahre vor Ausbruch des Krieges bildeten für das ostgalizische Genossenschaftswesen nichts anderes wie eine endlose Reihe von Prüfungen schwerster Art. Die ungewisse politische Lage und die Gefahr eines Zusammenstoßes mit Rußland lähmten das gesamte Wirtschaftsleben des Kronlandes und ließen die Finanzinstitute zu großen Kreditkündigungen schreiten. Ganz besonders rücksichtslos gingen da jene Banken vor, die mit ausländischem Kapital arbeiteten. Im Jahre 1912 belief sich die Summe der in Ostgalizien gekündigten Vorschüsse allein auf mehr wie 50 Millionen Kronen. Die Lage der Landwirtschaft, die ja bekanntlich zum großen Teil stark verschuldet ist, verschlechterte sich infolge der allgemeinen Kredit-einschränkung immer mehr, die einzige Hoffnung, die den Bauern geblieben war, nämlich die auf eine reichliche Ernte, blieb unerfüllt. Ein großer Teil der Landwirte geriet daher in Zahlungsschwierigkeiten und damit auch in Konflikt mit jenen Darlehensinstituten, die ihrerseits einen starken Einlagestand von fremdländischen Geldern aufzuweisen hatten. Diese mißlichen Verhältnisse konnten ihre Wirkung auf die Genossenschaften Ostgaliziens nicht verfehlen, zumal diese in engster Fühlung mit den breitesten Schichten der Bevölkerung stehen. Vorausgeschickt sei übrigens hier gleich, daß nicht alle Genossenschaften durch die Krisis vor dem Kriege und dann durch den Krieg selbst in der gleichen Weise geschädigt worden sind. Besonders hart mitgenommen wurden jene korporativgenossenschaften, die, vor Stammesfremden geleitet, in den letzten Friedensjahren eine ungesunde, stark spekulative und nicht immer ehrenhafte Ausbreitungspolitik betrieben und

Mitteilungen aus dem Publikum.

(Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion nur die präziseste Verantwortlichkeit.)